

Gelingt die sozialökologische Transformation angesichts gesellschaftlicher Mentalitäts- und Interessenunterschiede?

Sebastian Drue • Judith Kiss

Eine neu angekündigte Autopolitik, Klimaproteste, Heizungsstreit – uns wird immer deutlicher vor Augen geführt, dass sich an sozial-ökologischer Transformation handfeste gesellschaftliche Konflikte entzünden.

Sozial-ökologische Mentalitätsforschung

Die Forschungsgruppe »Mentalitäten im Fluss (*flumen*)« der Friedrich-Schiller-Universität in Jena untersucht aus soziologischer Sicht die gesellschaftliche Konflikthaftigkeit und Möglichkeiten des (Nicht-)Gelingens einer sozial-ökologischen Transformation. In einer deutschlandweiten Umfrage hat sie Ende 2021 4.000 Menschen zu ihren sozial-ökologischen Mentalitäten, Lebensweisen und zu ihrer sozio-ökonomischen Situation befragt. Dabei fragten die Forschenden nicht einfach nur Meinungen zu bestimmten sozialen und ökologischen Themen ab. Der Blick auf sozial-ökologische Mentalitäten erlaubte es vielmehr, detaillierter nachzuzeichnen, mit welcher Grundausstattung an Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsweisen Menschen einem sozial-ökologischen Wandel begegnen. Denn Mentalitäten sind umfassende »Gesamthaltungen« gegenüber anderen, sich selbst, der Gesellschaft, der Natur und dem Weltgeschehen, die Menschen im Laufe des Lebens durch Erfahrungen an spezifischen Positionen innerhalb der Gesellschaft erworben haben. Die Untersuchung von Mentalitäten erlaubt somit über die Frage »welche Meinung vertritt Person X zum Thema Y« hinauszugehen. Indem nämlich ergründet wird, in welchem *Maße* eine Person diese Meinung vertritt und wie gefestigt diese Haltung im *Verhältnis* zu anderen Fragen ist (»Ich bin für Klimaschutz, aber nur, solange dies nicht erfordert, dass unsere Familie ein Auto abgeben muss«).

Ein sozial-ökologischer Klassenkonflikt

Aus den Befragungsergebnissen lesen die Forschenden heraus, dass sich die Auseinandersetzung um sozial-ökologische Transformation in der deutschen Gesellschaft als ein sozial-ökologischer Klassenkonflikt darstellt. Damit meinen sie, dass die Einstellungen der Menschen in den Fragen, ob, wie schnell und in welcher Form eine sozial-ökologische Transformation notwendig ist, teils eklatant auseinandergehen – und dass diese Meinungen stark mit den sozialen Lagen der Menschen, ihren damit verbundenen Erfahrungshintergründen und materiellen Interessen zusammenhängen. Bereits in den Ergebnissen der Befragung Ende 2021 zeigt sich, was sich in heutigen gesellschaftspolitischen Entwicklungen (wie der Europawahl oder dem Wahlkampf 2024) erhärtet: Es bildet sich eine Abwehrfront gegen sozial-ökologische Transformation. Es geht bei dem Begriff des sozial-ökologischen Klassenkonfliktes aber auch darum, aufzuzeigen, dass sich die in den Umfrageergebnissen ablesbaren gesellschaftlichen Antagonismen und strukturellen Konflikte aus der Logik moderner, kapitalistisch steigerungsoientierter Vergesellschaftungsprozesse ergeben. Also aus der Logik, nach der die wirtschaftliche Produktion, die Technologisierung, der Konsum, der Ressourcenverbrauch, die Naturnutzung usw. immer weiter gesteigert werden, immer weiter expandieren und immer mehr der arbeitsteiligen, kapitalistischen Wirtschaftsweise entsprechen müssen.

Dreieckskonstellation von Mentalitäts- und Interessengegensätzen

Die sozial-ökologischen Mentalitäten in der deutschen Gesellschaft sind sehr vielfältig – jede Person hat ihre eigene Mentalität. Um aussagefähige Tendenzen verdeutlichen zu können, haben die Forschenden über markante Gemeinsamkeiten und Unterschiede eine Gruppierung vorgenommen, die zeigt, dass sich in der Auseinandersetzung um sozial-ökologische Transformation tendenziell drei Mentalitätsspektren mit je spezifischen Klassenlagen konfliktuell gegenüberstehen: das *ökosoziale* Spektrum, das zügige und entschlossene Transformation fordert, das *konservativ-steigerungsorientierte* Spektrum, das die gewohnte, auf Wachstum fixierte Lebens- und Wirtschaftsweise gegenüber Veränderung verteidigt, und das *defensiv-reaktive* Spektrum, das geprägt ist von Resignation und Rückzug bis hin zu wütender Abwehr gegen »grüne« und transformative Initiativen.

Die Befunde bestätigen weder ein Bild einfacher Polarisierung, noch das eines breiten Konsenses in der deutschen Bevölkerung, wie sie andere Sozialwissenschaftler wie beispielsweise Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser oder auch Wolfgang Merkel zeichneten. Stattdessen zeigen sie eine komplexe »Dreiecksbeziehung« zwischen den drei großen Mentalitätsspektren, die in Bezug auf Transformationsfragen unterschiedliche Ansichten vertreten. Diese Mentalitätsspektren sind keine festen Gruppen, die ein kollektives

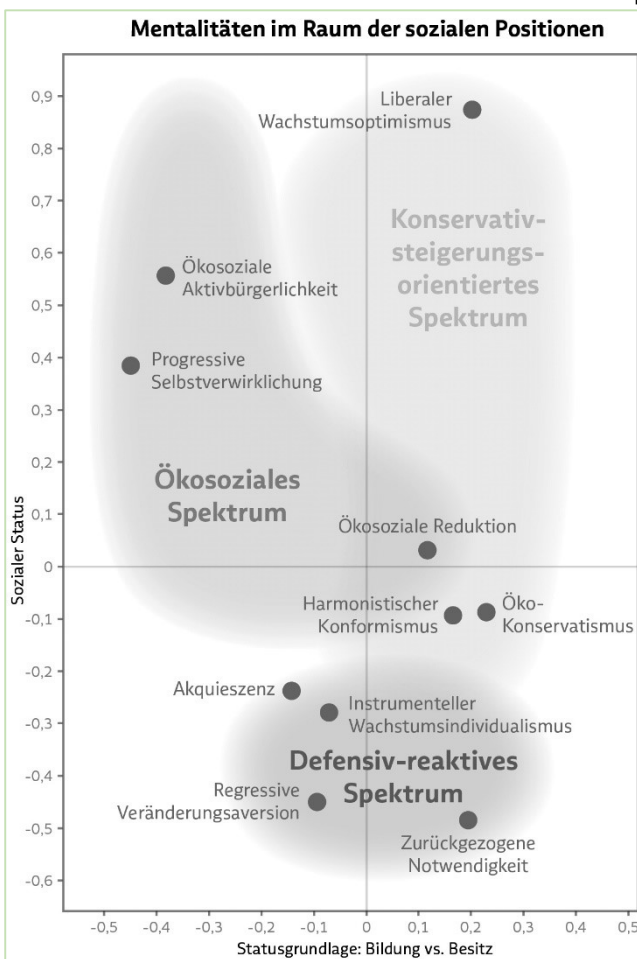


Abbildung 1: Mentalitätsspektren im Raum der sozialen Positionen, Quelle: flumen

Bewusstsein bezüglich ihrer Mentalität haben. Eher weisen sie feine, innere Unterschiede und Brüche auf. Denn obwohl Mentalitäten als verinnerlichte Grundhaltungen relativ stabil sind, bleibt es über öffentliche Debatten oder durch politische Entscheidungen beeinflussbar, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede die Mentalitätstypen als relevant empfinden und worauf sie ihre Identifikationen und Abgrenzungen stützen. Aber auch ohne Klassenbewusstsein lassen sich klassenähnliche Verhältnisse zwischen den Spektren erkennen:

Das *konservativ-steigerungsorientierte* Spektrum (ca. 36%) vereint die Mentalitäten, für die Arbeit und materieller Wohlstand zentrale Leitmotive sind. In diesem Spektrum ist das deutsche Wirtschafts- und Wachstumsmodell der letzten Jahrzehnte verinnerlicht. Die Konservativ-Steigerungsorientierten schwankten lange zwischen der Einsicht in die Notwendigkeit von Klimaschutz, um eine Klimakrise abzuwenden, und dem Wunsch, an der gewohnten, wachstumsorientierten Lebensweise festzuhalten. Entsprechend den Befragungsbefunden zeigt sich jedoch, dass sich dieser Widerstreit zunehmend zugunsten des Wunsches nach einem »Weiter-So« auflöst. Das Grundgefühl dieses Spektrums ist ein auf Unsicherheiten begründetes, zunehmendes Verharren-Wollen im Gewohnten.

Sebastian Drue, Judith Kiss: Gelingt die sozialökologische Transformation angesichts gesellschaftlicher Mentalitäts- und Interessenunterschiede?

Das *ökosoziale* Spektrum (ca. 25%) umfasst Mentalitäten, die eine sozial-ökologische Transformation grundsätzlich befürworten und optimistisch sind, dass dieser Wandel demokratisch und friedlich erreicht werden kann. Viele der Ökosozialen sind aufgrund ihres Bildungs- und Berufsumfeldes mit Bildung und wissenschaftlichem Wissen vertraut und akzeptieren deswegen Erkenntnisse und Prognosen, insbesondere der Klimawissenschaft, als Grundlage für politische Entscheidungen. Mehr noch, sie setzen sich dafür ein, dass gesellschaftlicher Wandel aktiv mitgestaltet wird. Zum Befragungszeitpunkt (Ende 2021) war das ökosoziale Spektrum von einem Gefühl der Enttäuschung geprägt, weil die erhofften politischen Impulse für einen umfassenden Wandel ausblieben. (Die sehr guten Wahlergebnisse der Grünen im selben Jahr mögen auf diese Enttäuschung und der damit verbundenen Hoffnung auf eine ‚neue‘ Politik zurückzuführen sein.)

Im *defensiv-reaktiven* Spektrum (ebenfalls ca. 25%) finden sich Mentalitäten, die aus der Erfahrung von gesellschaftlicher Machtlosigkeit, fehlendem Gehör oder Verlust von Status und Ansehen hervorgegangen sind. Diese Erfahrungen bearbeiten die Defensiv-Reaktiven teils durch Rückzug ins Private und politische Apathie, teils jedoch auch durch Wut, Frustration und die Hinwendung zu autoritären Angeboten. Die sozial-ökologische Transformation wird überwiegend abgelehnt, da sie als weitere Zumutung und Abwertung in einer als abgehoben empfundenen Gesellschaft wahrgenommen wird. Das Grundgefühl dieses Spektrums ist das Empfinden, gesellschaftlich irrelevant zu sein und weniger die Angst vor materiellen Nachteilen.

Anhand von vier Konfliktdimensionen können die Mentalitäts- und Klassengegensätze veranschaulicht werden.

Dimensionen des sozial-ökologischen Klassenkonfliktes

Bei der ersten Konfliktdimension, dem *Abstraktionskonflikt*, geht es um den Konflikt um abstrakte Vergesellschaftung. Hier stehen sich Teile der Bevölkerung gegenüber, die auf der einen Seite nutznießend und gestaltend in Vergesellschaftungsprozesse, wie der sozial-ökologischen Transformation, eingebunden sind, mit deren Komplexität und Abstraktheit umzugehen wissen und diese über ihre hohen Macht-, Einfluss-, Gestaltungs- und Wirtschaftsressourcen bedienen und am Laufen halten können und möchten. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die weniger mächtig eingebunden sind und sich im Prozess expansiver gesellschaftlicher Entwicklungen ungehört, vernachlässigt, überfordert, unwirksam und entfremdet fühlen und dementsprechend als abstrakt wahrgenommene Forderungen nach Wandel (wie die nach sozial-ökologischer Transformation) ablehnen. Die verschiedenen gesellschaftlichen Stellungen bzw. die unterschiedliche Eingebundenheit in Vergesellschaftungsprozesse korrespondiert mit dem Gegensatz zwischen den besser gestellten Ökosozialen und Konservativ-Steigerungsorientierten auf der einen Seite und den schlechter gestellten Teilen der Bevölkerung mit defensiv-reaktiven bzw. konservativ-steigerungsorientierten Mentalitäten auf der anderen Seite. Interessant ist, dass die hinter dem Abstraktionskonflikt liegende Ungleichverteilung von Macht, Einfluss, aber auch Klimaschädigung (Reichere verursachen durchschnittlich mehr Umweltschäden, sind weniger betroffen von ihnen und können sich Klimaschutz eher leisten) nicht in einer politisierten Forderung nach (Um)Verteilung mündet, sondern in einem Entfremdungsverhältnis: Transformationsgegner ziehen sich aus der »Gesellschaft« ins Private zurück oder grenzen sich in teils wütender, demokratiefeindlicher Art von »Den-Abgehobenen-dort-oben« ab.

In der zweiten Dimension, dem *Lebensweisekonflikt*, überschneidet sich der Konflikt um private versus öffentliche Interessen mit einem Mentalitätskonflikt zwischen ökosozialen und konservativ-steigerungsorientierten Mentalitäten. Der Interessenkonflikt ist dabei stark bestimmt von der vorhandenen oder fehlenden Ab-

hängigkeit von bzw. Eingebundenheit in eigentumsbasierte Strukturen und den damit verbundenen Lebensweisen: wer ein Auto für seine Arbeit oder seinen sozialen Status braucht, hält in der Regel an autofreundlichen Interessen fest. Wer in der Privatwirtschaft tätig ist, vertritt tendenziell eher Partikularinteressen und befürwortet soziale und ökologische Maßnahmen nur bis zu dem Punkt, wo privateigentumsbasierte Interessen nicht angetastet werden. Im Gegensatz zu denen, die in öffentliche Strukturen eingebunden sind: So sprechen sich diejenigen, die zwar vielleicht ein Auto besitzen, aber im Beruf und im Alltag stärker in öffentliche Strukturen eingebunden sind (bspw. Personen, die in Städten wohnen und/oder im Sektor Bildung, Pflege oder Gesundheit arbeiten), eher für die Förderung öffentlicher Strukturen und damit für eine Umverteilung von Privat zu Öffentlich aus; und befürworten deutlich Maßnahmen zugunsten sozialer und ökologischer Verbesserungen.

In der dritten Konfliktdimension, dem Veränderungskonflikt, stehen sich besser situierte Ökosoziale, die beispielsweise Preissteigerungen und Jobverluste in fossil geprägten Bereichen für notwendig und hinnehmbar halten, den schlechter situierten Konservativ-Steigerungsorientierten und Defensiv-Reaktiven gegenüber, die jegliche Kosten- und Lastenzunahme durch sozial-ökologische Maßnahmen und damit generell die Notwendigkeit und Tiefe von Transformation ablehnen. In diesem Konflikt verschränken sich die vorher genannten zwei Dimensionen, denn es geht auch hier um Macht und Ohnmacht bzw. um Verteilungsinteressen in wachstumsgeprägten Gesellschaften. Viele Akteure, die öffentliche Debatten um sozial-ökologische Transformation führen, betonen diese Konfliktdimension jedoch zu einseitig und richten somit die öffentliche Aufmerksamkeit bewusst oder unbewusst auf die »abgehobenen städtischen grünen Bildungseliten«, die den »einfachen Leuten« gegenüberstünden. Diese Entführung der Debatte lenkt aber von den anderen Konfliktdimensionen und den daraus ableitbaren politischen Forderungen ab; beispielsweise davon, dass es vor allem besser gestellte Konservativ-Steigerungsorientierte sind, die Ausgleichsmaßnahmen und Umverteilungspolitiken auf Grund ihres Interesses, Eigentumsverhältnisse zu sichern, abwehren.

Diese drei Konflikte können aufgrund einer Überschneidung von Mentalitäts- und Interessengegensätzen als manifeste Konflikte verstanden werden.

Die vierte Konfliktdimension ist über den Externalisierungskonflikt zu beschreiben. Hier geht es im Wesentlichen um den Gegensatz zwischen den Macht- und Wirtschaftseliten, die dem konservativ-steigerungsorien-

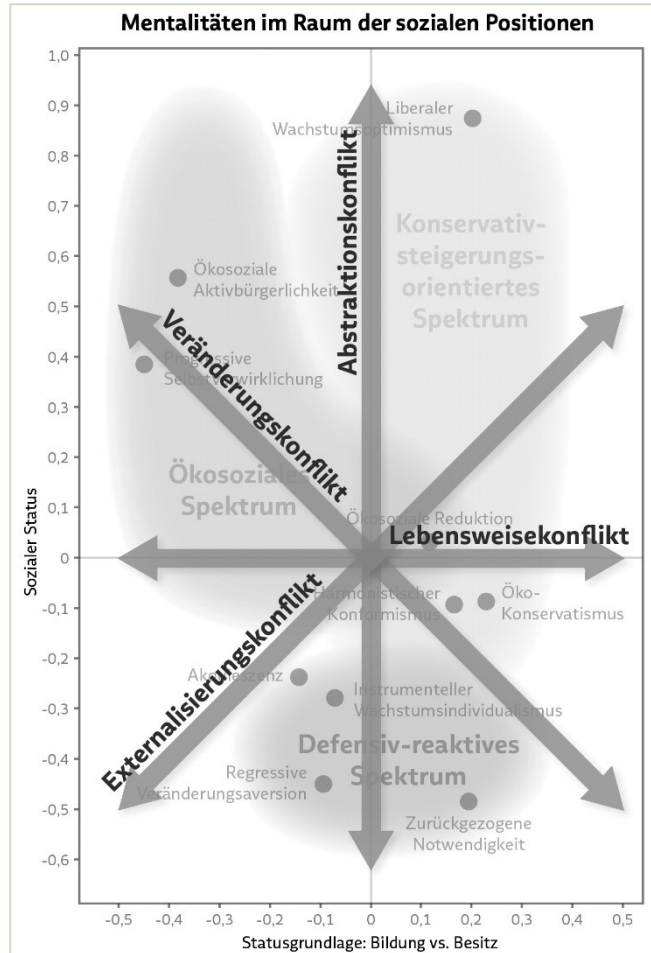


Abbildung 2: Konfliktdimensionen, Quelle: flumen

tierten Mentalitätsspektrum zugeordnet werden können und die aufgrund ihrer sozialen Lage Kosten und Lasten eines »Weiter-So« externalisieren (auf andere abwälzen) können, und den in prekären Verhältnissen lebenden und oft Sorgetätigkeiten vollbringenden Menschen, die diese Kosten und Lasten internalisieren (übernehmen). Aus diesen Lagen heraus entsteht aber kein Interessenkonflikt, der sich beispielsweise um Klima- und Umweltgerechtigkeit oder die Aufwertung von Sorgetätigkeiten drehen würde. Zudem können diese beschriebenen Internalisierenden keinem Mentalitätsspektrum zugeordnet werden. Anders gesagt: die Internalisierenden können nicht als eine soziale Gruppe mit verbindend-ähnlichen Merkmalen, Mentalitäten und politischen Forderungen gefasst werden.

Dieser sozial-ökologische Klassenkonflikt zwischen den Mentalitätsspektren hat durchaus das Potential, die demokratisch-freiheitliche Ordnung sowie das Gelingen einer klima- und sozial gerechteren Ausgestaltung unserer Gesellschaft zu gefährden, sofern den darunterliegenden Mentalitäts- und Interessengegensätzen nicht genügend politisch-gesellschaftliche Beachtung geschenkt wird.

Was bedeutet das für Demokratie und eine aktive Bürgergesellschaft?

Dieses gesellschaftliche Stimmungsbild mag ernüchternd wirken. Doch gibt es auch Denkanstöße: Wie kann eine Wiedereinbindung gesellschaftlich Entfremdeter gelingen bzw. wodurch kann Gesellschaft wieder konkreter erlebbar gemacht werden? Es ist längst überfällig, abgewertete Gesellschaftsbereiche aufzuwerten – beispielsweise durch gewerkschaftlich-politische Förderung der Sektoren Pflege, Bildung und Gesundheit, welche die Grundlage für das Funktionieren unserer Gesellschaft schaffen. Eine wissenschaftliche Perspektive, die diese Fragen systematisch beleuchtet, ist die der Fundamentalökonomie oder auch Alltagsökonomie. Dabei wird das Funktionieren dieser Gesellschaftsbereiche und die Frage nach ihren Eigentumsformen in den Blick genommen. Welche Bereiche unseres Zusammenlebens sollten in privatem, welche in öffentlichem Eigentum sein und welche Möglichkeiten gibt es diese kollektiv zu organisieren? Ziel ist es, Eigentums- und Organisationsformen zu finden, die menschliche Bedürfnisse befriedigen und eine möglichst große demokratische Teilhabe an ihren Entscheidungsprozessen ermöglichen. Statt eines Rückzugs in kleine alternative Gemeinschaften, steht hier die stärkere Einbindung in gesellschaftliche Strukturen im Mittelpunkt, die aktiv mitgestaltet werden können und allen gehören.

Der Ausbau und die Verbesserung des Zugangs zu öffentlichen Infrastrukturen stellt eine Art der Umverteilungspolitik dar, die sich an der kollektiven Befriedigung individueller Bedürfnisse orientiert - gut ausgestattete Schulen und Kitas, Bibliotheken und Wissensbanken als Orte des gesellschaftlichen und kulturellen Zusammenkommens, öffentliche Kantinen, moderne und hochwertige Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser. Öffentlicher Wohlstand statt privater Luxus.

Die Nachwuchsgruppe flumen teilt die wissenschaftliche Einschätzung vieler ihrer Kollegen, u.a. die Christoph Görgs, dass sich gemeinwohlorientierte, demokratisch erarbeitete, kollektive Formen der Befriedigung von Bedürfnissen besser zur Erreichung von Nachhaltigkeitszielen eignen als private. Dies bedeutet nicht, dass alle wirtschaftlichen Bereiche privatisiert werden müssen. Die Fundamentalökonomie plädiert vielmehr für einen bunten Blumenstrauß an Eigentumsformen. Jedoch gilt abzuwägen und demokratisch zu verhandeln, welche Bereiche des Zusammenlebens wie organisiert werden sollen und ob bspw. mit Pflege, Gesundheitsversorgung oder Wohnen tatsächlich private bzw. unternehmerische Gewinne erwirtschaftet werden sollten.

Denn aktuelle Trends, wie die fortschreitende Privatisierung öffentlichen Wohlstands, Umverteilungspolitiken von unten nach oben (Stichwort E-Auto-Prämie für Dienstwagen) und die Auslagerung von Verantwortung und Sorgetätigkeiten an freiwillige und lokale Gemeinschaften laufen Gefahr, gesellschaftliche Spaltungs- und Konfliktlinien eher zu verschärfen als zu vermitteln. So sollte auch freiwilliges Engagement stets unter der Fragestellung betrachtet werden, ob hier eigentlich staatliche oder gesellschaftliche Aufgaben in den Bereich des Privaten ausgelagert bzw. externalisiert werden, was häufig zu Mehrbelastung, Überforderung und Ohnmacht führt.

Es kann aber auch nicht nur bei Forderungen an Politiker:innen bleiben. Auch die Bürger:innen sind gefragt, sich stark zu machen für die Politisierung von Themen, die in öffentlichen Debatten derzeit nur am Rande wahrnehmbar sind. Die jedoch mit ihrem konkreten Leben zu tun haben. An öffentlichen Debatten interessiert zu sein, sich zu informieren, darüber zu Hause oder am Stammtisch zu diskutieren ist eine (gute) Sache, eine andere jedoch, sich über die konkreten Alltags- und Berufserfahrungen mit anderen Betroffenen auszutauschen, sich zu organisieren und mit Forderungen an Entscheider:innen zu treten. Dies könnte über viele Kanäle geschehen, beispielsweise über Verbandsarbeit, die Teilnahme an Bürgerbeteiligungsforen, Einmischung in die kommunale Politik, freiwilliges Engagement, Nachbarschaftsinitiativen, betriebliche Demokratisierung. Im Jahr 2023 wurde vielerorts gestreikt: An Kliniken, Kitas, im ÖPNV. Und zunehmend wächst das Bewusstsein, dass es mit höheren Gehältern nicht mehr getan ist. Unterschiedliche Forderungen, wie die Verkürzung der Arbeitszeit, bessere Personalschlüssel oder Klima- und Nachhaltigkeitsziele werden zentraler, während der Trend zur Privatisierung seit den 1990ern in Frage gestellt wird. Auch mit diesen Streiks solidarisch zu sein, den Streikposten zu unterstützen, solidarische Leserbriefe zu schreiben ist wichtiges bürgerschaftliches Engagement, das dazu beiträgt, demokratische Teilhabe zu stärken.

Und wer weiß, vielleicht wird es auch möglich, dass die bisher kaum wahrgenommenen, in prekären Verhältnissen arbeitenden und lebenden Internalisierenden, wie Pflegekräfte, Paketzusteller:innen, Reinigungskräfte und viele andere sich zu Wort melden, sich organisieren oder zumindest von anderen, wirkmächtigeren in ihren Belangen vertreten werden.

Hinweis

Der Beitrag ist folgender Publikation entnommen: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Transformation demokratisch gestalten. Beteiligung und Mitwirkung auf dem Weg zu mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit. mitarbeiten.skript Nr. 17, Verlag Stiftung Mitarbeit, Bonn 2024, 72 S., ISBN 978-3-941143-51-7

Literatur

- Die Studie und ihre soziologische Deutung können im gekürzten Umfragebericht oder im neu erschienenen Buch nachgelesen werden:
- Kurzbericht
Eversberg, Dennis / Fritz, Martin / von Faber, Linda / Schmelzer, Matthias (2024): Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt: Mentalitäts- und Interessengegensätze im Streit um Transformation. Forschungsbericht der BMBF-Nachwuchsgruppe »Mentalitäten im Fluss (flumen)«, Jena. Friedrich-Schiller-Universität, Institut für Soziologie, Jena. doi.org/10.22032/dbt.59592

Sebastian Drue, Judith Kiss: Gelingt die sozialökologische Transformation angesichts gesellschaftlicher Mentalitäts- und Interessenunterschiede?

■ Buch

Eversberg, Dennis / Fritz, Martin / von Faber, Linda / Schmelzer, Matthias (2024): Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt. Mentalitäts- und Interessengegensätze im Streit um Transformation. Frankfurt am Main: Campus.

Autor/in

Sebastian Drue ist Politikwissenschaftler und Soziologe. Er arbeitet als Assistent in der BMBF-Nachwuchsgruppe »Mentalitäten im Fluss (flumen)« am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Seine Interessenschwerpunkte liegen auf Themen sozial-ökologischer Transformation, urbanen und ländlichen Eigentumspolitiken und Landwirtschaft.

Kontakt

E-Mail: sebastian.drue@uni-jena.de

Judith Kiss ist in der Nachwuchsgruppe »Mentalitäten im Fluss (flumen)« zuständig für Projektkoordination, Öffentlichkeitsarbeit und Wissenschaftstransfer. Sie gibt in diesem Beitrag die Forschungsergebnisse von Dennis Eversberg, Martin Fritz, Linda von Faber und Matthias Schmelzer zusammenfassend wieder.

Kontakt

E-Mail: judith.kiss@uni-jena.de

Redaktion eNewsletter

Netzwerk Bürgerbeteiligung

c/o Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter

Am Kurpark 6 | 53177 Bonn

E-Mail: redaktion@netzwerk-buergerbeteiligung.de